



## FLUCHT & MIGRATION

Hamburg ist eine bunte Stadt, offen und lebenswert. Und das hat ganz viel zu tun mit der Migrationsgeschichte von Hunderttausenden von Menschen, die hier leben und arbeiten. Wir wollen ihren immensen Beitrag zur Lebensqualität in unserer Stadt würdigen, sie sind auf allen Ebenen bis rauf zur Fraktionsspitze Teil unserer Partei. Doch nicht für alle ist Migration bereits Geschichte: Wir kämpfen für die Gleichbehandlung aller Geflüchteten in der Stadt, wir wollen ihre Lebensbedingungen verbessern und wir setzen uns parlamentarisch ein gegen Abschiebungen und bürokratische Hürden. Und fest steht: Rassistische Kampagnen und Hetze gegen Hilfesuchende dürfen in unserer Stadt niemals Platz haben - dagegen müssen wir alle gemeinsam die rote Karte zeigen!

Wir sind DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Seit 2008 kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Grundrechte: Ein gutes Leben für Alle!

Wenn ihr mehr wissen wollt, folgt uns auf Social Media oder abonniert unseren Newsletter. Dies ist einer von 12 Flyern, mit denen wir über unsere Arbeit und unsere Ziele informieren.



*Migration wird immer mehr behindert und kriminalisiert. Wir setzen uns dafür ein, dass wirklich alle Menschen hier eine Chance bekommen!"*

**Carola Ensslen,  
Sprecherin für Flucht**



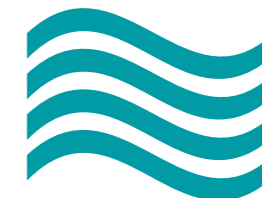
*Gerade unbegleitete minderjährige Geflüchtete haben einen Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung und einen Schul- oder Ausbildungsplatz!"*

**Sabine Boeddinghaus,  
Sprecherin für Familie**



Darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. | Vi.S.d.P.: Margret Geitner  
**Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft**  
Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg | [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)

# FLUCHT & MIGRATION



**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

## GEFLÜCHTETEN ZUR SEITE STEHEN, RASSISMUS BEKÄMPFEN

Kriege und Klimawandel – wir sehen furchtbare Bilder aus aller Welt. Und immer öfter zwingen Bomben, Dürren oder Überschwemmungen Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine lassen uns dies besonders spüren. Doch der Senat hat seit Jahren bei der Bereitstellung geeigneter Unterkünfte geschlafen. Die Linksfraktion hat diese Misere schon vor dem Ukrainekrieg zum Thema gemacht. Jetzt leiden wir alle unter den besonders hohen Kosten für die kurzfristigen Standorte. Und die Geflüchteten selbst leiden unter den Folgen dieser verfehlten Planung.

Die Lage Geflüchteter ist schon verzweifelt genug – doch Hamburgs Senat verschlimmert sie noch weiter: Geld zum Leben wird monatelang nicht gezahlt, Mails werden nicht beantwortet, der Sicherheitsdienst verwehrt Menschen willkürlich den Einlass. Wir denken anders, wollen eine rasche Bearbeitung der Verfahren und eine menschliche Behandlung der Betroffenen. Auch Drittstaatenangehörige aus der Ukraine bekommen unsere Hilfe – mit Beratungsangeboten in

unseren Räumen, mit Anfragen an den Senat und Anträgen in der Bürgerschaft. Sie sind vor dem gleichen Krieg aus der Ukraine geflohen wie die Ukrainer:innen selbst und sie haben oft eine gute Ausbildung – dennoch will der Senat sie lieber abschieben.

Die Linksfraktion bringt Anliegen von Migrant:innen ins Parlament, steht als Ansprechpartnerin an der Seite von migrantischen Selbstorganisationen und engagiert sich für ein Denkmal zur Erinnerung an Hamburgs ehemalige „Gastarbeiter:innen“. Wir stellen uns gegen Diskriminierung aufgrund von Herkunft sowie antisemitischen, antiziganistischen, antimuslimischen oder rassistischen Zuschreibungen. 2021 hat die Linksfraktion ein umfassendes Landesantidiskriminierungsgesetz vorgelegt – zuvor hatten wir uns eng abgestimmt mit Betroffenen und Beratungsstellen. Und LINKS wirkt: SPD und Grüne prüfen nun immerhin einen Regelungsbedarf. Reicht nicht – ist aber ein Anfang. Eine bunte, lebenswerte Stadt für alle geht eben nur mit LINKS.

## DAHER FORDERN WIR:

Hamburg braucht schnell und wirksam mehr kostengünstigen Wohnraum, nicht nur für Geflüchtete. Die Linksfraktion will daher die Entziehung von leerstehendem Wohn- und Gewerberaum deutlich vereinfachen.

Der Unterbringungszwang für Asylsuchende in Erstaufnahmen muss beendet werden – so werden die Unterkünfte entlastet und die Menschen können bei Familienangehörigen unterkommen oder eine Wohnung finden.

Für Geflüchtete aus Afghanistan braucht unsere Stadt ein Landesaufnahmeprogramm.

Irans Regime unterdrückt Freiheit und Protest im Land gewaltsam, wir fordern einen Abschiebestopp in den Iran.

Die Zahl der Einbürgerungsanträge steigt. Das ist erfreulich. Aber der Senat muss dafür sorgen, dass die Einbürgerungen zeitnah stattfinden.

Hamburg muss sich auf Bundesebene dafür stark machen, dass das Asylbewerberleistungsgesetz sofort abgeschafft wird: Es darf keine negative Sonderbehandlung von Asylbewerber:innen geben.

Drittstaatenangehörige, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, müssen rechtlich gleichgestellt werden mit den Ukrainer:innen. Wir alle profitieren davon, wenn sie ihre Qualifikationen hier sinnvoll einsetzen, statt abgeschoben zu werden.

